

Postulat Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker, SP): Neue E-Government-Angebote im Polizeibereich

Bekanntlich werden nach der Reorganisation „Apollo“ nur noch an den drei Stützpunkten und in der Bahnhofswache polizeiliche Dienstleistungen angeboten. Über den Internet-Auftritt der Stadt Bern kann lediglich das Gesuch für Veranstaltungen online beim Polizeiinspektorat eingereicht werden. Weitere Internet-Angebote im Polizeibereich stehen nicht zur Verfügung. Anzeigen werden an den Stützpunkten und in der Bahnhofswache nur zu eingeschränkten Zeiten entgegengenommen (in der Regel zwischen 11 und 17 Uhr). Es verwundert denn auch nicht, dass das Anzeigen-Management schon des Öfteren als schwerfällig, umständlich und zeitraubend empfunden worden ist.

In verschiedenen deutschen Bundesländern wird seit einiger Zeit das Online-Angebot für polizeiliche Dienstleistungen markant ausgebaut: die Berliner Polizei hat zum Beispiel vor wenigen Wochen eine so genannte Internetwache eingerichtet. Natürlich bieten Online-Dienste keinen Ersatz für polizeiliche Präsenz, sie dürfen auch nicht dazu beitragen, dass sich im Schutz des anonymen Internets eine Kultur der Denunziation entwickelt. Andererseits wäre zu prüfen, ob nicht im Bereich der Anzeigen (Sachbeschädigungen, leichter Diebstahl u.ä.), bei Sachverhalten also, die keine unmittelbare Beweisaufnahme nach sich ziehen, Online-Dienste eingerichtet werden könnten. Weitere Bereiche wären etwa das Melden von Verkehrshinweisen oder Formulare zur Beurteilung der polizeilichen Arbeit (Beschwerden, Dank, Anregungen). Solche Dienste können heute offenbar so eingerichtet werden, dass Missbrauch ausgeschlossen werden kann.

Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Gemeinderat, die Einführung von bürgerInnenfreundlichen Online-Diensten im Polizeibereich (insbesondere im Anzeigen-Management) zu prüfen. Angesichts von POLICE Bern kann dies bereits in Absprache mit dem Kanton geschehen.

Bern, 9. Juni 2005

Postulat Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker, SP), Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Claudia Kuster, Béatrice Stucki, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Beni Hirt

Antwort des Gemeinderats

Die Stadtpolizei Bern nimmt derzeit Einsitz in eine Arbeitsgruppe der Kantonspolizei Bern. Das Projekt verfolgt unter dem Titel „ePolice“ die Evaluation und den Test einer Software, mit deren Hilfe die Bürgerinnen und Bürger via Internet die elementarsten polizeilichen Dienstleistungen im Sinne eines virtuellen Polizeipostens in Anspruch nehmen können. Hintergrund ist eine Straffung des Polizeipostennetzes durch die Kantonspolizei Bern. Die vorgesehene Lösung sieht sowohl das Herunterladen und Ausdrucken von Formularen, die Entgegennahme von Hinweisen wie auch das Aufnehmen von Anzeigen – in komplexeren Fällen interaktiv – vor. Anzeigedaten sollen danach automatisch ins System übernommen werden. Die Einsitznahme der Stadtpolizei in der Arbeitsgruppe erfolgt insbesondere im Hinblick auf das Projekt Police Bern. Es ist vorgesehen, dass „ePolice“ mit Verwirklichung von

Police Bern und nach erfolgreicher Harmonisierung der Datenverarbeitungssoftware im ganzen Kanton Bern zum Einsatz kommt.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 7. Dezember 2005

Der Gemeinderat